

# Ja zur SVP-Initiative überrascht nicht

**Einwanderung** Kanton will sich in Bern für unbürokratische Umsetzung starkmachen

VON URS MOSER

Es zeichnete sich nach Schliessung der Stimmlokale schnell ab: Im Aargau würde die SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung eine klare Mehrheit finden. Fünf Minuten nach zwölf lagen die Resultate aus sieben Bezirken vor, über 57 Prozent Ja-Stimmen für die Initiative. Und während der Abstimmungskrimi in der Schweiz bis zum späten Nachmittag andauerte, stand keine halbe Stunde später im Aargau als erstem Kanton auch schon das Schlussresultat fest: Mit 55,2 Prozent Ja-Stimmen blieb es beim deutlichen Votum der Aargauer Stimmbürger für die SVP-Initiative.

## Enttäuscht, aber nicht überrascht

Das Stimmvolk stellte sich damit in aller Deutlichkeit gegen die Kantonsregierung. Bei eidgenössischen Vorlagen übt sich der Regierungsrat üblicherweise in Zurückhaltung, wenn sie die Interessen des Kantons nicht ganz unmittelbar betreffen. Vor der Masseneinwanderungsinitiative hatte er eindringlich gewarnt: Sie sei nicht mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU vereinbar, und von der Personenfreizügigkeit würden die Nordwestschweiz und der Aargau in hohem Masse profitieren. Der Regierungsrat sieht auch kein Problem im stetigen Bevölkerungswachstum: Der Aargau profitiere als Wirtschaftsstandort davon, es biete auch Chancen, die demografische Altersstruktur zu verbessern und die Sozialwerke zu sichern, erklärte er vor der Abstimmung.

Die Stimmbürger sahen das im Aargau anders, und wie: Nur gerade



**«Das Schlimmste wäre eine Kontingentslösung, die nur zu riesigem bürokratischem Aufwand führt.»**

Urs Hofmann, Regierungsrat

in den von den beiden grössten Städten geprägten Bezirken Aarau und Baden wurde die SVP-Initiative abgelehnt: und auch dort nur äusserst knapp mit 50,6 und 50,5 Prozent Nein-Stimmen.

Volkswirtschaftsdirektor Urs Hofmann zeigte sich über das gesamtschweizerische und das Ergebnis im Kanton Aargau wohl enttäuscht, aber «nicht besonders überrascht». Aufgrund eines latenten Unbehagens über die starke Zuwanderung habe man damit rechnen müssen. Entscheidend sei jetzt, wie man den Auftrag der Initiative umsetze. «Das Schlimmste wäre eine Kontingentslösung, die gar nicht zu einer wesentlich tieferen Zuwanderung und nur



**«Mit ist klar, dass wir jetzt eine grosse Verantwortung tragen, und wir sind auch gern bereit, sie zu übernehmen.»**

Thomas Burgherr, SVP

zu riesigem bürokratischem Aufwand führt», so Hofmann. Wichtig sei auch, dass bei der künftigen Lösung der Schutz des einheimischen Arbeitsmarktes durch griffige flankierende Massnahmen gewährleistet werde.

## Nur die Städte sagten Nein

Das Ergebnis im Aargau zeigt einen klaren Stadt-Land-Graben. In den Städten Aarau (60,3 Prozent Nein) und Baden (65,3), in Brugg (55,2), Lenzburg (57,7) oder Zofingen (52,7) wurde die Initiative mehr oder weniger deutlich verworfen, in den allermeisten klar ländlichen Gemeinden zum Teil enorm wuchtig angenommen: In nicht weniger als 19 Gemein-

den verbuchte die SVP-Initiative eine Zustimmung von über 70 Prozent. Am wichtigsten war die Zustimmung in Schlossrued im Bezirk Kulm mit fast 79 Prozent. In Wiliberg im Bezirk Zofingen, der Heimat von SVP-Kantonalpräsident Thomas Burgherr, sagten über 74 Prozent der Stimmenden Ja zur Masseneinwanderungsinitiative.

Eine Nein-Mehrheit gab es nur in 21 Gemeinden. In den Bezirken Bremgarten und Kulm gab es in keiner einzigen Gemeinde eine Nein-Mehrheit, in Laufenburg (Gipf-Oberfrick), Muri (Geltwil) sowie in Lenzburg und Zofingen nur in einer Gemeinde (in den gleichnamigen Bezirkshauptorten selbst).

SVP-Präsident Thomas Burgherr war im Schlusspurt des Abstimmungskampfs sicher, dass ein Sieg drinliegt, und hatte gestern natürlich zu feiern. «Mit ist aber auch klar, dass wir jetzt eine grosse Verantwortung tragen, und wir sind auch gern bereit, sie zu übernehmen.»

Eine Rolle könnte beim deutlichen Aargauer Ergebnis auch gespielt haben, dass hier die Wirtschaft nicht geschlossen aufgetreten war. Der Gewerbeverband hatte sich für die Initiative ausgesprochen. Die Mehrheit seiner Vorstandsmitglieder war der Ansicht, dass die ungebremste Einwanderung auf Dauer der Wirtschaft schaden wird. Die **Industrie- und Handelskammer** stemmte sich vehement dagegen: Die Initiative gefährde die Personenfreizügigkeit und den bilateralen Weg. Es mache keinen Sinn, das bewährte System durch ein bürokratisches Kontingentsmodell zu ersetzen.